



# Neoliberale Sparlogik

## *Christian Felber über eine sinnvolle und sozial gerechte Globalisierung*

Österreichs Wirtschaft wächst Jahr für Jahr, zwar nicht rasend schnell, aber sie wächst. Trotzdem reden alle vom Sparen.

Auch das Pro-Kopf-Einkommen wächst unaufhörlich: Statistisch gesehen wird jeder Österreicher und jede Österreicherin jedes Jahr reicher. Dennoch werden Löhne, Gehälter, Pensionen, Bildungsausgaben, Gesundheitsleistungen und Sozialtransfers gekürzt und gestrichen.

Es kommt noch lustiger: Die Mehrheit von uns wird zum Sparen angehalten, *damit* Wirtschaft und Volkseinkommen wachsen können, wovon wir aber nichts haben, im Gegenteil: Das Volkseinkommen wächst, und die Einkommen vieler Menschen schrumpfen.

Wie passt das zusammen? Diese Logik hat nur Sinn, wenn die Gewinner aus der Debatte ausgeblendet werden. Ein Beispiel: Die Geldvermögen wuchsen in Österreich von 2000 bis 2003 real um durchschnittlich 3,0% und somit fast doppelt so schnell wie die Wirtschaft (real 1,6%). Voraussetzung für das übermäßige Wachstum der einen Einkommen ist das langsamere Wachstum oder das Kleinerwerden der anderen.

Das ist der springende Punkt: Manche Einkommen – Kapitalerträge, Mieten, Gewinne – wachsen seit rund 20 Jahren schneller als die Wirtschaft, und wenn ihnen die Standorte dies mit entsprechender (Hoch-)Zinspolitik und (Niedrig-)Steuerpolitik nicht ermöglichen wollen, dann heißt es: Globalisierung! Der Kapitalverkehr ist frei, Gewinne und Vermögen wandern in Steueroasen ab, wenn sie der Finanzminister nur anschießt. Durch den Standortwettbewerb rasseln die Steuersätze auf Gewinne, Vermögen und Kapitalerträge weltweit in den Keller. Die Folge sind leere Staatskassen und öffentliche Armut – trotz Wirtschaftswachstums.

Gerechtigkeit scheint aufgrund von Globalisierung nicht mehr möglich. Doch der Stopp des Steuerwettlaufs und die Schließung von Steueroasen ist einfacher als uns glauben gemacht wird: Ob der Kapitalverkehr auf die Cayman Islands, nach Monaco oder in die Schweiz frei ist, ist eine rein politische Entscheidung, und weder Sachzwang noch Schicksal.

Würden Gewinne, Kapitaleinkommen und Vermögen nur so hoch besteuert wie vor 30 Jahren, hätten sowohl Deutschland als auch Österreich saftige Budgetüberschüsse. Das wäre wieder logisch: Dass in Zeiten dauerhaften Wirtschaftswachstums Staat und Gemeinden kräftig investieren können und nicht vor dem Konkurs stehen.

Es wäre nicht nur gerechter, wenn die Globalisierungsgewinne Staats- und Gemeindegeldern zum Überquellen brächten anstatt anonyme Konten in Steueroasen, Privatstiftungen und Kriegskassen von Konzernen. Auch die

Volkswirtschaften wären wieder gesund: *Alle* Einkommen könnten steigen, niemand bräuchte kürzer treten, die Unternehmen hätten Nachfrage, es ginge bergauf. Voraussetzung ist, dass man der Globalisierung nüchtern ins Auge sieht und ihre ökonomisch sinnvolle und sozial gerechte Gestaltung zur politischen Priorität macht.

*Erschienen im „Kurier“ am 3. März 2004*